

Der Heft vierteljährlich bei postmäßiger
Einsendung 2,50 Mk. durch die Post
zu 25 P. mittels Aufrechnungsbillets
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter 'Saale-Zeitung' eingetragen.

Für unerlangt eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Redaktion nur mit Cautionsgebühren
belegbar.

Verantwortlich der Redaktion Hr. 1140;
der Druckerei Hr. 170; des
Verlags Hr. 1138.

wenden die Angehörigen Kolonien
oder deren Raum mit 30 Pfg., welche
aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in
unseren Anzeigenblätter und allen
Anzeigen-Expositionen angenommen.
Wochen die Seite 75 Pfg. für Halle,
außen 1 Mk.

Erschint täglich frühmorgens,
Sonn- und Feiertage ausgenommen.

Redaktion und Druck-Verlag
Halle, Dr. Braunstraße 17
Telegraphische Nr. 24

Saale-Zeitung.

Sechshundertzweiter Jahrgang.

Nr. 601.

Halle, Mittwoch, den 24. Dezember

1913.

Front- und Etatsstärken.

Die große Heeresverfärkung, die durch die letzten Wehr-
vorlagen erreicht ist, ist nur zum geringsten Teil zur Er-
richtung neuer Truppteile verwendet worden, der größte
Teil hat zur Erhöhung der Etatsstärken gedient. Dies war
auch dringend erforderlich. Die Bedeutung hoher Friedens-
stärken der einzelnen Truppteile liegt zunächst auf dem
Gebiete der Ausbildung. In schwachen Abteilungen kann
sich niemals der richtige militärische Geist entwickeln, Mann-
schaften und Choren aller Grade werden nicht in kriegs-
gemäßer Weise ausgebildet. Die Schwierigkeiten der Feuer-
und Geschichtleistung treten erst zutage, wenn die Verbände
annähernd kriegstüchtig erreicht sind. Es ist nicht schwer, einen
Infanterieregiment von 20 bis 25 Mann zu führen. Ganz anders
liegen aber die Verhältnisse, wenn der Zug aus 70 bis 75
Mann besteht. Die große räumliche Ausdehnung erschwert
den Ueberblick, die Stimme des Zugführers dringt nicht
mehr durch. Unteroffiziere und Mannschaften sind sich in
viel höherem Maße selbst überlassen. Der andere große
Nutzen großer Etatsstärken liegt auf dem Gebiete der Mobil-
machung und Kriegsbereitschaft. Je mehr aktive Mann-
schaften vorhanden sind, desto weniger Reservisten brauchen
eingestellt zu werden, desto leichter und schneller wird die
volle Höhe der Kriegsstärke erreicht. Wir sehen deshalb auch,
daß in allen Armeen jetzt das Bestreben vorhanden ist, die
Friedensbestände möglichst zu erhöhen.

Es genügt aber nicht, die Etatsstärken auf dem Papier
möglichst hoch zu halten, es müssen diese hohen Zahlen auch
tatsächlich vorhanden sein, und zwar nicht nur in den Ver-
pflegungs- und Versorgungsabteilungen, sondern auch zum Dienst.
Und das ist leider überall der Fall infolge der vielen
Abkommandierungen und Verwendung von Mannschaften zu
Dienstverrichtungen, die mit der eigentlichen Truppen-
und Geschichtsausbildung nichts zu tun haben. Die Abkomman-
dierten bilden das Schmerzens- und Sorgenkind jedes Kom-
pagnie-, Eskadrons- und Batterieführers. Wie mancher Mann
ist schon gefallen, wenn der Feldwebel von der Parole zu-
rückkehrte und vorlas: Die Kompagnie stellt einen Burschen
zu dem und dem Offizier, einen Hilfsreiber für ein Ge-
schäftszimmer, 4 Mann Arbeiter auf den Schießplatz, eine
Ordnungswache usw. Und diese Zahlen sind noch sehr gering,
sie sind in Wirklichkeit noch sehr viel höher. Alle diese Leute
gehen auf kürzere oder längere Zeit dem Dienst entzogen.
Dies ist ein wunder Punkt in unserer Heeresorganisation,
der dringend der Abhilfe bedarf. Es darf dabei allerdings
nicht verkannt werden, daß die vielen Kommandos zum Teil
aus Sparmaßregeln herbeigeführt sind. Die Arbeit des
Soldaten braucht nicht bezahlt zu werden. Es wird un-
sonst geleistet. Aber es fragt sich doch, ob dies ein richtiges
Prinzip ist. Ein Teil dieser Arbeiten kann zwar nur von
Soldaten verrichtet werden, es sind alles die Arbeiten, die
eine unmittelbare Berührung mit der Truppe bedingen. Die
vielen Arbeiten ist das aber nicht der Fall, und da könnte
wohl eine Verlagerung stattfinden. Im folgenden sollen
einige Punkte angeführt werden, wo die Kommandos ohne
sonstigen Schaden vermieden werden könnten.

Für die Geschäftszimmer ist die Zahl der Schreiber
etatsmäßig festgelegt worden. Vielesach werden aber außer-
dem sogenannte „Hilfsreiber“ kommandiert, und zwar
findet man diese schon auf den Bataillonsbüros, je weiter
nach oben, desto größer ihre Zahl. Sie sind gänzlich über-
flüssig. Vor allen Dingen vermindere man das ganze
Schreibwesen. Es wird immer noch zu viel geschrieben.
Viele Eingaben, Meldungen, Rapporte könnten fortfallen.
Dadurch würde ganz von selbst der Bedarf an Hilfsreibern
vermindert werden. — Die Garnisonverwaltung müßte alle
ihre Arbeiten durch Zivilarbeiter und Zivilhandwerker aus-
führen lassen. Es ist ein Anfang, wenn Soldaten zum Kohlen-
schleppen, Straßsauberen und dergleichen verwendet werden.
— Bei den Artillerieabteilungen ist die Beschäftigung von Zivil-
arbeitern in viel größerer Zahl, bloß auf den Schieß-
plätzen ist dies noch nicht der Fall. Aber auch hier könnte
die Verwaltung und Anfertigung, Ausgabe der Munition
Zivilarbeitern übertragen werden. — Vielesach erhalten die
Kompagnien usw. die Erlaubnis, ihre Kajenenräume gegen
Gewährung der bestimmungsgemäßen Gebühren selbst in-
stand zu setzen und instand zu halten (der sogenannte Aus-
wechselfonds). Diese Bestimmung dient nur dazu, daß im
Sertze jährliche Mannschaften zum Mitnehmen der Wände
u. dergleichen benutzt werden, statt Dienst zu tun. Der Verdienst
steht der Kompagnieleute zu. — Vielesach werden allabend-
lich Mannschaften zum Kartoffelschälen in die Küche kom-
mandiert. Statt dessen stelle man Frauen an, die dies Ge-
schäft besorgen. Langt das Verpflegungsgeld dazu nicht,
so muß es erhöht werden. — Viele Kompagnien besorgen auch
die Wäsche selbst und haben dazu ganze Waschanstalten ein-
gerichtet. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gewiß ein
ganz vorteilhaftes Unternehmen, was aber doch verworfen
werden sollte, denn es bedingt die Verwendung der Soldaten
zum Waschen der Wäsche, des Drillzeuges usw. — Auf
den Schießplätzen sind die zahlreichen Kommandos für das
Zerlegen der Leisten, auf hier liegen sich Verminderungen
herbeiführen.

Eine eigene Rolle spielen die Offiziersburschen. Wir
halten es nicht für möglich, diese ganz abzuschaffen, wohl
aber lassen sie sich in gewisse Grenzen einschränken. Ein
Anfang ist ja auch schon damit gemacht, indem die Zahl-
meister, Oberzahlmeister und Armeemusik-Inspektoren auf
ihre Stelle eine Gebietsabteilung von 500 Mk. jährlich
erhalten. Dieser Grundloß müßte weiter ausgedehnt werden
auf die Feuerwerker, Festungsbauführer usw. Wie wir
hören, sind auch an den leitenden Stellen des bezüglichen
Erwägungen im Gange. Ebenso bräuchten die unbrüthen
Leutnants, die nach Berlin auf die Kriegsakademie, General-
stab, technische Institute usw. kommandiert werden, keine
Burschen. Sie wohnen, unversehrt, in der Regel in
möblierten Zimmern, wo sie die erforderliche Bedienung
sowie erhalten. Für die Burschen fehlt es jetzt gewöhnlich
an genügender Beschäftigung. Den Offizieren wäre in den
meisten Fällen auch mit einer jährlichen Ablösung von
500 Mark viel mehr gedient.

Auch im Garnisonnachrichtendienst liegen sich Einschränkungen
herbeiführen. Bei manchem königlichen oder öffentlichen
Gebäude muß man sich fragen, weshalb da ein Posten steht.
Sein Dienst könnte in den meisten Fällen von einem Portier
ebenso gut versehen werden. Wir haben hier nur einzelne
Punkte ausführen können. Aus ihnen wird erst aber jeder
die Ueberzeugung gewinnen, daß der Arbeitsdienst der
Truppe und die Abkommandierungen sich mit Leichtfertigkeit
vermindern ließen. Damit würde die Ausbildung der
Mannschaften erleichtert und der große Nutzen der letzten
Heeresverfärkung erst recht in die Erscheinung treten.

Die Einjährigeberechtigung der Mittel- schüler.

Im Jahre 1910 hat die Preussische Schulverwaltung durch
die Reorganisation der Mittelschule zwischen der allgemeinen
Volksschule und den höheren Lehranstalten eine Bildungs-
stufe geschaffen, die insbesondere den Bedürfnissen des ge-
samten Mittelstandes dienen soll. Die reorganisierte Mittel-
schule ist deshalb für die Bürgerwelt kleiner, Drie bei weitem
geeigneter als jede Art einer höheren Schule. Desgleichen
finden in größeren Städten und ganz besonders auch in Groß-
städten die Kinder des Mittelstandes, die nicht akademische
Studien machen wollen, in der Mittelschule die beste Bildungs-
stätte für ihren künftigen Beruf. Die Unterhaltung einer
Mittelschule ist viel billiger als die einer höheren Schule.
Die Schüler erreichen hier auch ihr Ziel schon mit dem voll-
endeten 15. Lebensjahre und haben dann heute schon eine
ansehnliche Reihe von Berechtigungen für ihren künftigen
Beruf erlangt. Auch darf man hoffen, die Einjährig-
berechtigung für die Knaben mit der Mündigkeitsprüfung
bald erreichen zu können. Darüber finden wir in der Halb-
monatschrift „Die Mittelschule“ einen Artikel, dessen Inhalt
unserer Deber interessieren dürfte. Professor Hesse schreibt dort:
Die Mittelschule in ihrer neuen Form ist ein an-
erkennenswerter Schritt zur Erreichung der Ziele, die die Kinder
des deutschen Mittelstandes eine gute Grundbildung auf ihre
Berufsbildung erwerben können. Daß für diese Kinder eine
tätige Berufsbildung ein dringendes Bedürfnis ist, be-
streitet niemand. Daß irgendeine höhere Schule diese Auf-
gabe in ihren Unter- und Mittelklassen lösen könnte oder
auch nur lösen wollte, kann auch niemand behaupten. Also
muß dafür gesorgt werden, daß möglichst viele Kinder des
Mittelstandes zur Mittelschule kommen und dort bis zur
Mündigkeitsprüfung bleiben. Solange diese Schule aber keine Ein-
jährigeberechtigung hat, wird sie die Scharen der Kinder,
die heute höhere Schulen zu ihrem eigenen schweren Schaden
besuchen, nicht an sich ziehen. Nicht um eine Entlohnung
der Volksschulen handelt es sich, sondern um eine Abwanderung
von Schülern aus den Unter- und Mittelklassen der höheren
Schulen nach den Mittelschulen. Eine absolute Vermehrung
der Kinder, die andere als die allgemeine Volksschule be-
suchen, dürfte durch die Erweiterung der Militärberichtigung
auf die Mittelschulen ebensoviele eintreten, wie eine Ver-
mehrung der als Einjährigeberechtigte dienenden Soldaten.
Aber eine vernünftigerer Verteilung dieser Schüler auf ihre
angemessene Bildungswege und ein dadurch bedingter größerer
volkswirtschaftlicher Gewinn wird erzielt werden. Deshalb
müssen alle Hemmnisse beseitigt werden, welche der Entwik-
lung der Mittelschule im Wege stehen. Die Erweiterung der
Berechtigungen auf die Mittelschulen liegt also im vitalen
Interesse der Mittelschulen und des Mittelstandes, und ebenso
im Interesse der höheren Schulen.

Damit das Ziel erreicht werde, muß jeder, der es mit
dem Mittelstande gut meint, das Seine beitragen. In
erster Linie die unmittelbare Beteiligten, die Mittelschul-
lehrer. Die schlimmsten Gegner der Mittelschule sind jene
Stämme von höheren Schulen, die unter „schultechnischer Auf-
sicht“ von Direktoren höherer Schulen stehen und dennoch zu
den Mittelschulen gerechnet werden. Ich habe das a. a. D.
auch in dieser Zeitschrift wiederholt gesagt. Die Vertreter
der normalen Mittelschule müssen die Gemeinschaft mit jenen
Hochmittelschulen gar nicht sehr genaug abweisen; denn
diese Schulen nehmen ihnen von vornherein schon den Boden
weg, der für ihre Existenz nötig ist. Ein höherer Beamter der
preussischen Schulverwaltung schreibt mir darüber: „Ihren
Ausführungen, die Rektoratsfragen betreffend, möchte ich in
allen Punkten beistimmen. Es ist sehr zu bedauern, daß die
Mittelschulen, besonders im Westen, so wenig Anhang finden.
Die staatliche Aufsichtsbehörde kann da wenig einschreiten, weil
es sofort heißt, die städtische Schulverwaltung ist gefährdet.“

Am wirksamsten dürfte doch die Beförderung der maßgebenden
Kreise durch einjährige Privatpersonen sein.“ Darin liegt
manches Richtige, aber auch Falsches. Es dürfte z. B. die Auf-
sichtsbehörde den Direktoren der höheren Schulen die joga-
nante „schultechnische Aufsicht“ nicht übertragen, durch die
es die „maßgebenden Kreise“ so leicht gemacht wird, auf
billige Weise ihren rein persönlichen Vorteil gegen das Inter-
esse der breiten Mittelschulischen zu verfolgen. Um einer
Sandoß-Jungen aus den „maßgebenden Kreisen“ die
Aufnahmepflicht auf eine höhere Schule, und doch den
Stammern die erheblichen Kosten für eine höhere Schule zu
erparen, schädigt man die hundertfache Zahl der Kinder vom
Kleinbürger, die nie an eine höhere Schule denken, wohl
aber der Bildung bedürfen, die sie auf einer normalen Mittel-
schule erhalten würden. Diese Lasten sollte man in den 50
bis 60 Orten Rheinlands und Westfalens, sowie in den
anderen hierher gehörigen Orten Preußens den Bürgern,
die ihre Kinder mit wertlosen Brocken Latein wegen einiger
Knaben, die einmal daran denken, auf ein Gymnasium zu
gehen, füttern lassen, so lange flammachen, bis sie zur Ein-
führung kommen und die Umwandlung der Rektoratschule, aber wie
sie sonst heißt, in eine normale Mittelschule erzwingen. Die
Aufsichtsbehörde sollte ferner weniger höhere Schulen kon-
zessionieren. Die Entschuldigungsstelle vieler der zu vielen
höheren Schulen gibt nach jeder Richtung manches zu denken.
Es wäre schon eine ganz verdienstvolle Aufgabe, einmal den
in Preußen für höhere Schulen zwecks vertriebenen Kapital-
aufwand zahlenmäßig festzustellen. Schon bald würden ein-
sichtige Menschen zu der Ueberzeugung kommen, daß eine
andere Verwendung für reiflicher in Volks- und Berufsbildung
umgehen ließe, als durch die heutige Art dieser Anlagen.
Hier kann allerdings nur fortgesetzte Belehrung im einzelnen
zum Ziele führen. Und dabei müssen auch die Mittelschul-
lehrer helfen.

Aber die Bürger müssen auch selbst Hand anlegen. Sie
sollten ihre Bürgermeister und Stadtvorordneten veranlassen,
Mittelschulen zu gründen. Die höheren Schulen fordern der
Gemeinde sehr viel Geld und haben für die meisten Bürger-
kinder keinen Zweck. Die wenigen Kinder, welche höhere
Schule besuchen wollen, kommen für sie nicht in Betracht.

Noch eins. Die heutige unvollkommene Lösung der Ein-
jährigenfrage kann leicht dazu verleiten, den Einzelnen darin
zu suchen, daß die Mittelschule zur zweifremdbürgerlichen Ein-
jährigenfrage gemacht wird. Es kann dem nur einbeding-
lich gegenüber stehen. Nicht darauf kommt es an, durch
die Masse der dreijährigen Einjährigeberechtigten die
rein äußerlichen Konkurrenz der Realschule zu machen.
Das ist in Wahrheit doch unmöglich, wird aber der Anfang
zum Ende der Mittelschule sein. Ihr Schwerpunkt liegt im
Deutschen, der auf neuer Geschichtsbildung der Bürgerkinder
und angewandter Mathematik und Naturlehre, nicht im Fremd-
sprachenunterricht. Derselbe man heute aus Not auch einmal
den einen oder anderen Jungen zum Einjährigeberechtigten,
so muß immer die Hauptgabe bleiben, in einigen Jahren der Reichs-
schulkommission die Tüchtigkeit der normalen Mittelschule zu
beweisen.

Ein „fetterer“ Minister.

Der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh ist in
offener Parlamentssitzung gegeben worden, daß er aus der
Mitteln seines Dispositionsbudgets 80 000 Kronen für den An-
kauf eines kleinen oppositionellen Ständekandidaten für den
Herrn Stapsinski herbeigegeben habe, um eine Koalition zwischen
den Kataster Konventionen und der Stapsinigruppe herbei-
zuführen. Unter solchen Umständen kann man sich über diese
mehr wundern. Selbst die Erzählung des Hrn. Heitger, daß
einmal eine Subvention von einer Million Kronen unter
dem Titel „Mäuserfrage“ verordnet sei, erscheint nicht
mehr unglauwürdig. Aber selbst die Frage, ob Herr Stapsinski,
der von sich behauptet, er habe nur 99 Kronen in
seinem Vermögen, im Laufe der letzten Jahre über eine halbe
Million Kronen „gemommen“ hat, wie Herr Dugosz behauptet,
oder ob Herr Dugosz als Petroleumpekulanten unter Miß-
brauch seiner ministeriellen Amts Gewalt unanständige Ge-
schäfte gemacht, gerichtliche Meinende geleistet und durch
rechtskräftige Urteile gerichtlich als eine „unglauwürdigste
Person“ bezeichnet sein soll, — wie Stapsinski und seine
Freunde behaupten, — tritt in ihrer Bedeutung vollständig
in den Hintergrund gegenüber der in offener Parla-
mentssitzung festgestellten Tatsache, wie Herr Dugosz zu seinem
Ministeramt gekommen ist. Es ist in u n g, „wie man
in Oesterreich Minister wird, streift geradezu an das Gro-
teske.“ Die Geschichte war folgende:

Es wurde gerade wieder einmal ein polnischer Landes-
mannminister, oder wie er in der offiziellen Bezeichnung
heißt „Ein Minister für Galizien“ gewählt, und da Graf
Stürgkh gerade die wenigsten Stimmen brauchen konnte, über
die Herr Stapsinski im österreichischen Abgeordnetenhaus da-
mals verfügen konnte, so überließ er Stapsinski den Vorzug
eines Ministerkandidaten. Und Stapsinski erzählt nun: „Die
Geschichte, wie Dugosz Minister geworden ist“, folgender-
maßen: „Ich wollte Wrobel zum Minister haben.“ Er ist aber
kein Großgrundbesitzer. Da geht ich zufällig mit Wilinski
vom Zimmer des Vizepräsidenten German zum Zimmer des
Vizepräsidenten Komancz und sage: „Vielleicht Dugosz,
ein Gutsbesitzer, ein Kavallerie, ein Ritter des Eisernen
Kronenordens dritter Klasse! Und in zehn Minuten
war Dugosz Minister.“ Schon Herr Stapsinski als
„Ministererbe“ ist eine Greise. Aber das Beste kommt
noch. Graf Stürgkh hat ein höchst verwunderliches Gesicht gemacht
sich, als man ihm den Namen „Dugosz“ ins Ohr flüsterte.
Denn die Namen aller der 516 Volksmänner des österreichischen
Unterkamms und hatte in dieser Eigenschaft wohl den Besatz,
aber noch nie den Mund aufgetan. Eilig ließ ich Graf

